

Tabak-Arbeiter

Nr 19 / Bremen, den 8. Mai 1926

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen.
 — Monatlicher Bezugspreis 40 Goldmarken ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 10 Goldmarken für die oberste Spalte. — Schlag der Anzeigenannahme und der Redaktion Montag abend. — Verantwortlicher Redakteur: Ferdinand Dahms.
 — Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Karl Reichmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. H. Schmalfeldt & Co. — sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion u. Expedition: Bremen, An der Weide 21, Telefon. Amt Roland 6046. — Geld- und Einschreibendungen an Johannes Krohn. — Postcheckkonto 5349 beim Postfachamt Hamburg. — Bankkonto: Bankabteilung der Groß-einkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin. — Verbandsvorsitzender: Karl Reichmann. — Verbandsauschuss: L. Schöne, Hamburg, Delendinberha 57, Zimmer 45-46

Unhaltbare Entscheidungen

I.

Auf eine Beschwerde unserer Bielefelder Gauleitung wegen Nichtgewährung der Sonderunterstützung an die erwerbslose Ehefrau eines erwerbslosen Tabakarbeiters hat der Regierungspräsident in Wiesbaden folgende Antwort erteilt:

Nach dem Erlaß des Preussischen Herrn Ministers für Volkswohl-fahrt vom 11. März 1926 — III E. Nr. 216/26 / III B. Nr. 673/26 — hat die Bemessung der Unterstützung auf Grund des Artikels III des Gesetzes über die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer vom 10. August 1925, falls der Vorstand der Familie oder ein sonstiges Familienmitglied Erwerbslosenunterstützung bezieht, nach den Grundsätzen zu erfolgen, die sonst bei der Bemessung der Erwerbslosen-unterstützung mehrerer im gemeinsamen Haushalt lebender Familienmitglieder gelten. Durch die etwaige Gewährung der selbstständigen Unterstützung an die Ehefrau neben dem Ehemann würde in der Erwerbslosenfürsorge geschaffene Begriff des Familien-vorstandes und der Familieneinheit — wie sie zwischen unterhalts-pflichtigen Ehegatten besteht, verlegt bzw. hinfällig. Da der Ehemann Weiß bereits Erwerbslosenunterstützung bezieht, kann für die gleich-falls erwerbslos gewordene Ehefrau nur der Familienzuschlag gezahlt werden. Die Gewährung einer selbstständigen Erwerbslosenunterstützung an die Ehefrau Weiß ist nach § 3 Abs. 2 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 unzulässig.

Das ist eine Auslegung des § 3 Absatz 2 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge, die unter keinen Umständen halt-bar ist. Weil auch andere Behörden mit den gleichen oder ähn-lichen Gründen berechnete Unterstützungsansprüche verheirate-ter Tabakarbeiterinnen ablehnen, scheint es uns denn doch ge-raten zu sein, einmal etwas ausführlicher auf die Rechtslage in solchen Fällen einzugehen. Nach § 3 Absatz 2 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge darf nur solchen Angehörigen eines unterstützten Erwerbslosen keine selbständige Erwerbslosen-unterstützung gewährt werden, die gegen diesen einen familien-rechtlichen Unterhaltungsanspruch haben oder im Falle seiner Leistungsfähigkeit haben würden und bis zum Eintritt der Unter-stützungsbedürftigkeit von ihm ganz oder in der Hauptsache unterhalten worden sind. Wer der Meinung sein sollte, die zuletzt genannte und gesperrt gedruckte Voraussetzung würde auf die in der Tabak-industrie beschäftigt gewesen und jetzt erwerbslosen Ehe-frauen zutreffen, wäre gewaltig im Irrtum. Gerade weil der Verdienst der Männer nicht ausreicht, um davon den Unterhalt für Frau und Kind ganz oder in der Hauptsache bestreiten zu können, sind die Frauen gezwungen, mitzuerdienen. Zum Vergnügen oder um die Langeweile zu vertreiben, gehen sie sicher nicht in die Fabrik. Infolgedessen müssen sie auch, wenn sie erwerbslos sind, ebenso wie andere Erwerbslose behandelt werden, die eine selbständige Unterstützung erhalten.

Die allgemeine Anerkennung des Standpunktes des Wies-badener Regierungspräsidenten müßte zur Folge haben, daß mehr als ein Mitglied einer Familie, die in einem gemeinsamen Hausstand lebt, überhaupt keine selbständige Erwerbslosen-unterstützung beziehen könnte. Welchen Sinn hätte dann aber der Absatz 4 des § 10 der Erwerbslosenfürsorge-Verordnung, in dem es heißt, daß die selbständigen Unterstützungen, die mehrere in einem gemeinsamen Haushalt lebende Familienmitglieder erhalten, in ihrer Summe das Dreifache der Unterstützung nicht übersteigen dürfen, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für seine Person zusteht, wobei der Vorstand der Familie im Sinne dieser Bestimmung als ihr Mitglied gilt? Klarer und deutlicher kann doch nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß auch mehrere Familienmitglieder, die in einem ge-meinschaftlichen Hausstand leben, selbständig Erwerbslosen-unterstützung beziehen können. Im übrigen gibt es in der ganzen Verordnung über Erwerbslosenfürsorge keine Bestim-mung, die auch nur so gedeutet werden könnte, daß Ehefrauen, die die anderen Voraussetzungen für den Bezug von Erwerbs-

losenunterstützung erfüllen, neben dem Ehemann keine selbständige Unterstützung beziehen dürfen. Aus allen diesen Grün-den kann den erwerbslosen Ehefrauen, die in der Tabak-industrie tätig gewesen sind, eine selbständige Unterstützung nicht verweigert werden. Sie haben während ihrer Beschäfti-gung eine selbständige Tätigkeit ausgeübt, mußten durch ihren Verdienst wesentlich mit zum Unterhalt der Familie beitragen, waren zur Kranken- und Invalidenversicherung angemeldet und wurden zur Beitragszahlung für die Erwerbslosenfürsorge herangezogen. Unter solchen Umständen kann man nicht gut sagen, daß sie Angehörige eines unterstützten Erwerbslosen sind, die von ihm ganz oder in der Hauptsache unterhalten worden wären, sondern sie waren und sind wirtschaftlich vollständig selbständig.

Der Bescheid des Wiesbadener Regierungspräsidenten steht aber nicht nur im Gegensatz zu den Bestimmungen der Ver-ordnung über Erwerbslosenfürsorge, sondern er widerspricht auch jeder Logik. Man bedenke: Artikel III des Tabaksteuer-gesetzes besagt in seiner neuen Formulierung, daß vom 15. Ja-nuar 1926 an die Prüfung der Bedürftigkeit sowohl bei der Gewährung von Erwerbslosenunterstützung wie auch bei der Gewährung von Kurzarbeiterunterstützung in Fortfall kommt. Es hat also eine verheiratete Tabakarbeiterin, deren Mann noch in Arbeit steht und die im übrigen die Voraussetzungen des Artikels III des Tabaksteuergesetzes erfüllt, ohne weiteres arbeitslos wird. Nach dem Bescheid des Wiesbadener Regie-rungspräsidenten würde dieser Anspruch in dem Augenblick verlorengehen, wo der Ehemann arbeitslos wird und die Familie dadurch in eine noch weit schlimmere Lage kommt. Eine feine Logik das, nicht wahr? Noch unsinniger würde die Sache werden, wenn man sich den Fall vor Augen führt, wo die verheiratete Tabakarbeiterin verkürzt arbeiten muß und ihr Ehemann völlig arbeitslos ist. Keine Behörde wird in diesem Falle der Tabakarbeiterin die Kurzarbeiterunterstützung verweigern können. Würde die Tabakarbeiterin zu allem Un-glück nun auch noch arbeitslos werden, dann hätte sie nach dem Bescheid des Wiesbadener Regierungspräsidenten keinen An-spruch auf selbständige Erwerbslosenunterstützung, trotzdem ihre Lage sich doch noch verschlechtert hat. Auch der Wiesbadener Regierungspräsident wird zugeben müssen, daß der Gesetzgeber einen solchen Unsinn nicht gewollt hat.

II.

Ebenso unhaltbar wie die Entscheidung des Regierungs-präsidenten in Wiesbaden über die Unterstützung erwerbsloser Ehefrauen ist aber auch der Standpunkt, den der Reichsminister der Finanzen über die Höhe der den kurzarbeitenden Tabak-arbeitern zustehenden Unterstützung vertritt. In einem Rund-schreiben, den das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium in Sachsen unterm 12. April an die Bezirksfürsorgeverbände ge-richtet hat, heißt es:

Von den Arbeitnehmern der Tabakindustrie, insbesondere auch in Nr. 11 der Fachzeitschrift „Der Tabak-Arbeiter“ vom 18. März 1926 wird die Ansicht vertreten, daß die Höhe der Kurzarbeiterunterstützung für Tabakarbeiter nach der zweiten Anordnung des Reichsarbeits-ministers vom 27. Februar 1926 zu bestimmen sei. Abschnitt B dieser Anordnung also auf die Kurzarbeiterunterstützung für Tabakarbeiter keine Anwendung, „nde. Der Reichsminister der Finanzen teilt diese Auffassung nicht, sondern führt in einem Schreiben vom 8. d. M. — I C 7041 — folgendes aus:

„Bei den Beratungen, die mit den Ländern in Jena über die letzte Erhöhung der Unterstützungssätze gepflogen worden sind, ist von allen Seiten darauf hingewiesen worden, daß die Ausdehnung der Erhöhung mit ihren verschiedenartigen Voraussetzungen auf die Kurzarbeiterunterstützung zu einer so außerordentlichen Belastung der ausführenden Stellen führen würde, daß es zweckmäßiger er-schien, die Kurzarbeiterfürsorge von der Erhöhung auszunehmen. Dieser Auffassung hat sich dann der Reichsrat gleichfalls ange-

geschlossen. Daraus ergibt sich, daß auch auf die Tabakarbeiter der Buchstabe B der 2. Anordnung über eine vorübergehende Erhöhung der Höchstätze in der Erwerbslosenfürsorge vom 27. Februar 1926 zum mindesten analog — Anwendung finden muß und daß eine Sonderbehandlung der Tabakarbeiter unzulässig ist. Dabei sei noch darauf hingewiesen, daß auch der Buchstabe B der vorerwähnten Anordnung mit Artikel III des Tabaksteuergesetzes nicht im Widerspruch steht.

Die Höhe der Kurzarbeiterunterstützung ist daher für Tabakarbeiter ebenso wie für andere Kurzarbeiter ausschließlich nach der Anordnung des Reichsarbeitsministers über eine vorübergehende Erhöhung der Höchstätze in der Erwerbslosenfürsorge vom 17. Dezember 1925 (Reichsarbeitsblatt S. 562) zu berechnen.

Soweit das Rundschreiben des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums in Sachsen an die Bezirksfürsorgeverbände. Das einzige, was der Reichsminister der Finanzen zur Begründung seines Standpunktes anführen kann, ist der Hinweis, daß von einer Erhöhung der allgemeinen Kurzarbeiterunterstützung Abstand genommen worden ist, weil das zu einer außerordentlichen Belastung der ausführenden Stellen führen würde. Wer möchte außer dem Reichsminister der Finanzen behaupten, daß das ein Grund wäre, den Tabakarbeitern die ihnen im Artikel III des Tabaksteuergesetzes zugestandenen Unterstützungsansprüche streitig zu machen. Ausdrücklich heißt es in diesem Artikel, daß die Kurzarbeiterunterstützung für jeden arbeitslosen Tag ein Sechstel der Vollunterstützung der Erwerbslosen fürsorge beträgt. Wird die Vollunterstützung der Erwerbslosen fürsorge erhöht, dann muß sich folgerichtig in demselben Maße auch die Kurzarbeiterunterstützung für die Tabakarbeiter erhöhen, die die Voraussetzungen für den Bezug von Kurzarbeiterunterstützung nach Artikel III des Tabaksteuergesetzes erfüllt haben. Für diese Tabakarbeiter gilt nur die Einschränkung, daß die Kurzarbeiterunterstützung den reinen Lohn- und Verdienstaussfall nicht übersteigen darf. Was für die allgemeine Kurzarbeiterfürsorge maßgebend ist, kommt für sie gar nicht in Betracht. Nicht umsonst heißt es in Artikel 9 der Ausführungsvorschriften zur Sonderunterstützung an verdienstgeschädigte Tabakarbeiter, daß die Kurzarbeiterunterstützung, die auf Grund des Tabaksteuergesetzes gewährt wird, nicht als Kurzarbeiterunterstützung im Sinne der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 gilt. Im übrigen hat der Reichsminister der Finanzen über die Berechnung der Sonderunterstützung für kurzarbeitende Tabakarbeiter folgende Entscheidung getroffen:

Zur Berechnung der Unterstützungssätze für Kurzarbeiter ist der Wochenlohn bei regelmäßiger Arbeitszeit durch 6 zu teilen. Hat also beispielsweise der Wochenlohn bei regelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit 24 Rm. betragen, so erhält der Kurzarbeiter für jede volle 4 Rm., um die sein Wochenarbeitsverdienst infolge Kurzarbeit zurückbleibt, den Tagesunterstützungssatz, den er als Erwerbsloser einschließl. Familienzuschläge beziehen darf. Die Unterstützung darf jedoch in keinem Falle den reinen Lohn- und Verdienstaussfall übersteigen.

Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes und wirft auf das Zusammenarbeiten im Reichsfinanzministerium ein recht eigenartiges Licht, daß diese Entscheidung des Reichsministers der Finanzen sich mit unserer Auffassung über die Höhe der den Tabakarbeitern zustehenden Kurzarbeiterunterstützung vollständig deckt, denn auch sie spricht ohne Einschränkung von dem Tagesunterstützungssatz, den der Kurzarbeiter als Erwerbsloser einschließl. der Familienzuschläge beziehen darf. Damit dürfte der vom Reichsminister der Finanzen in dem Schreiben an das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium in Sachsen eingenommene Standpunkt eine treffende Widerlegung gefunden haben.

Zum Schluß sei noch gesagt, daß uns sehr wohl bekannt ist, worauf diese und ähnliche Schwierigkeiten in der Hauptsache zurückzuführen sind. In vielen Ämtern und Behörden gibt es immer noch maßgebende Personen, die sich nicht damit abfinden können, daß der Reichstag für die Tabakarbeiter eine Sonderunterstützung beschlossen hat. Diesen sei einmal mit aller Deutlichkeit gesagt, daß die Tabakarbeiter unter der Zoll- und Steuerpolitik des Reiches ganz besonders zu leiden haben und der Reichstag ihnen deshalb auch eine Sonderstellung beim Bezüge von Erwerbslosen- und Kurzarbeiterunterstützung eingeräumt hat.

Tabakgewerbliches

Die sächsische Regelung zur Zigarettensteuer

Auf die Anfrage des demokratischen Abgeordneten Dr. Rastner, die wir im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 14 veröffentlichten, hat die sächsische Regierung in der Landtagsitzung am 22. April folgende Antwort erteilt:

Der Regierung ist bekannt, daß die steuerliche Belastung der Zigarettenindustrie in der Form der kombinierten Verbrauchs- und Materialsteuer sich außerordentlich ungünstig ausgewirkt hat und zusammen mit dem in der Wirtschaftslage begründeten Konsumrückgang eine hohe Zahl von Konkursen, Stilllegungen und damit eine große Arbeitslosigkeit in diesem Industriezweig erzeugt hat.

Die Regierung ist der Ueberzeugung, daß zur Behebung dieser Notlage eine Erleichterung in der steuerlichen Belastung anzustreben ist, wobei in erster Linie eine Beseitigung oder wesentliche Herabsetzung der Materialsteuer in Frage käme. Die Regierung ist bereit, in dieser Richtung gemeinsam mit der Industrie und der Arbeiterschaft alle Schritte zu unternehmen, die geeignet sind, möglichst bald eine fühlbare Erleichterung zu schaffen und eine Besserung in der Beschäftigungslage der Industrie herbeizuführen.

Ein Zigarrenfabrikant über das Pudern

Zu der Auseinandersetzung über das Pudern zwischen der „Süddeutschen Tabakzeitung“ und uns wird uns von einem Berliner Zigarrenfabrikanten unaufgefordert geschrieben:

Mit großem Interesse las ich Ihre Ausführungen, betr. das Pudern von Zigarren, und mit ebenso großem Interesse die darauf erfolgte Antwort der Süddeutschen Tabakzeitung unter der Ueberschrift: „Man urteile vorsichtiger“.

Vom Standpunkt des Zigarrenfabrikanten kann ich Ihnen nur vollinhaltlich bestätigen, daß ich Ihre Ausführungen teile. Die Erwiderung der Süddeutschen Tabakzeitung ist sehr umfangreich, fordert aber zu den verschiedensten Widersprüchen heraus. Das Pudern resp. das Mattieren von Zigarren, wofür letzteren Ausdruck man heute euphemistisch gebraucht, ist und bleibt eine vom Standpunkt eines ernsthaften Fabrikanten unstatthafte Veränderung eines Naturproduktes. Wie es gesetzlich verboten ist, das Naturprodukt „Wein“ mit irgendwelchen chemischen oder sonstigen Mitteln zu „verbessern“, so sollte von dem Standpunkt eines ernsthaften Fabrikanten dasselbe auch mit der Zigarre verboten sein. Es ist das gedankenlose Entgegenkommen gegenüber einer allerdings grundirrigten Anschauung des Raucherpublikums mit seiner Sucht nach hellen Farben. Gepudert resp. mattiert werden heute die billigen Zigarren. Es ist natürlich Unangenehm, wenn der Artikel der Süddeutschen Tabakzeitung behauptet, daß ein Fabrikant, der pudere, dazu dann Decken von weniger heller Farbe dafür aber denkbar feinsten Qualität verwendet. Zu 10- und 15-Pfennig-Zigarren kann man heute Decken von denkbar feinsten Qualität nicht verwenden.

Ebenfalls ist mir das Rechenexempel des Artikelschreibers in der Süddeutschen Tabakzeitung vollständig unverständlich, wie derselbe durch das Pudern 10 bis 16 Gulden pro 1000 allein am Deckblatt ersparen kann.

Die Abwanderung von der Zigarre hat ganz andere Gründe als die Süddeutsche Tabakzeitung angibt. Es würde zu weit führen, im Rahmen dieses kurzen Schreibens alle diese Gründe, die oft genug breitere getreten sind, noch wieder anzuführen.

Ich teile durchaus Ihre Ansicht, daß die ganze Puderei eine große Irreführung der Raucher ist und über kurz oder lang zu einer weiteren Verdrängung der Zigarre führen muß, denn man sehe sich in den Auslagen der Zigarrenhändler einmal das Gros der gepuderten Zigarren an. 60 Prozent sehen tatsächlich aus wie schlecht geschminkte Frauenzimmer. Es kommt hinzu, daß, wie mir vielfach mitgeteilt wird, das Pudern durch die dabei unvermeidliche Staubeinwirkung der Gesundheit keineswegs förderlich ist.

Auf das neueste Erzeugnis der Puderei möchte ich Sie aufmerksam machen auf der vierten Seite des Hauptblattes der Süddeutschen Tabakzeitung Nr. 49. Da empfiehlt jemand dreist und gottesfürchtig einen Sandblatterzeuger, der aus glänzenden Tabakblättern einwandfreie Sandblätter macht. Das ist natürlich die Irreführung des Raucherpublikums auf die Spitze getrieben. Das Pudern resp. Mattieren bleibt eine Irreführung, aber: „Mundus vult decipi, ergo decipiatur!“ (Deutsch würde der letzte Satz lauten: „Die Welt will betrogen sein, deshalb wollen wir sie täuschen!“ R. d. „T.-A.“)

Aus den Gauen und Zahlstellen

Baden-Baden. Am 29. April 1926 tagte im Waldreit unsere Ortsgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Die Lage der deutschen Zigarettenindustrie; 2. Organisationsfragen; 3. Miscellaneous und Verschiedenes. Der 1. Bevollmächtigte, Kollege Auer, eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis auf den Ernst der Situation der deutschen Tabakindustrie und erteilte dem Kollegen Otto Wenzel-Bremen zum ersten Punkt der Tagesordnung das Wort. Redner legte in ausführlichen Darlegungen klar, wie verheerend die langanhaltende Krise in der deutschen Zigarettenindustrie gewirkt hat. Der Umfang der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit ist erschreckend und noch immer müssen weitere Betriebe stillgelegt werden. Im Jahre 1925 sind 147 Betriebe in der Zigarettenindustrie stillgelegt worden, die etwa 4000 Arbeiter beschäftigt hatten. Es ist kaum anzunehmen, daß diese Betriebe wieder lebensfähig werden. Verursacht ist diese Krise einmal durch die Ueberspannung der steuerlichen Belastung der Zigaretten, insbesondere der des Massenkonsums. Hinzu kommt aber noch, daß auch die Ausführungsverordnungen des Reichsfinanzministeriums zur Materialsteuer die Produktionsmöglichkeiten außerordentlich erschwert haben und noch weiter erschweren. Es wird nicht eben möglich sein, die Zigarettenproduktion wieder in Gang zu bringen, ehe nicht Regierung und Reichstag eine vernünftige und tragbare Steuerregelung treffen. Redner besprach dann ausführlich die Entwicklung der Zigarettenindustrie in den letzten zwei Jahrzehnten.

Entwicklung der Technik hat immer neue leistungsfähigere Zigarettenmaschinen hervorgebracht; dazu kommen in neuerer Zeit die Packmaschinen, die immer weiter vervollkommenet und verbessert werden. In allen Abteilungen der Zigarettenherstellung sind gewaltige technische Fortschritte zu verzeichnen. Die außerordentliche Entwicklung der Technik hat auch neben anderen Gründen mit dazu beigetragen, daß die gesamte Struktur der Zigarettenindustrie sich verändert hat. Die Konzentration hat ungeheure Fortschritte gemacht. Redner besprach eingehend die Konzernbildungen und wies nach, daß die zwei Konzerne, die sich in der Zigarettenindustrie herausgebildet haben, einen überwiegenden Einfluß bereits ausüben können, und zählen wir zu diesen beiden Konzernen noch diejenigen acht Firmen hinzu, die Anfang dieses Jahres noch mehr als 300 Arbeiter beschäftigten, so ergibt sich, daß mindestens 80 Prozent der gesamten Zigarettenindustrie bei diesen vereinigt sind. Sodann ging Redner auf den Gesetzentwurf einer Wirtschaftsgemeinschaft der Zigarettenindustrie ein, welcher von den Unternehmern der Regierung eingereicht worden ist und betonte, daß die Arbeiterschaft keine Ursache hat, sich einer Produktionsregelung hindernd in den Weg zu stellen. Eine solche Produktionsregelung könne aber immer nur mit der Arbeiterschaft und nicht ohne oder gar gegen sie geschaffen werden. Im weiteren erörterte Redner, welche Aufgaben die Arbeiterschaft zu erfüllen hat, einmal im Hinblick auf die gesamte ungünstige Lage und ferner im Hinblick auf die gewaltige Konzentration der Zigarettenindustrie. Er kommt zu dem Schluß, daß die feste Geschlossenheit der Arbeiterschaft im Deutschen Tabakarbeiter-Verband notwendige Voraussetzung für die fernere Wahrung der Interessen der deutschen Zigarettenarbeiter ist. Das habe sich ganz besonders schon gezeigt bei den letzten zentralen Verhandlungen zum Abschluß des Hauptvertrages. Mit dem Appell, jederzeit und überall für die Ausbreitung und Stärkung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes zu wirken, schloß Redner seine mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Ausführungen. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Auer und Gauleiter L. Klein-Heidelberg. Einstimmig angenommen wurde folgende Entschließung:

„Die heutige Versammlung der Zigarettenarbeiter und -Arbeiterinnen von Baden-Baden erhebt entschiedenen Protest gegen die ungeheure und ungerechte steuerliche Belastung der deutschen Zigarettenindustrie, weil dieselbe bereits seit sieben Monaten große Produktionshemmungen, Arbeitslosigkeit, also Kummer und Elend für die Arbeiter und Angestellten zur Folge hat. Die Versammlung erwartet von der deutschen Regierung baldigst eine wesentliche Veränderung der Belastung, damit eine Behebung der Industrie möglich ist. Die Organisationsleitung wird ersucht, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit dieses Ziel erreicht wird.“

Nachdem Organisations- und Verwaltungsfragen eingehend erörtert worden waren, teilte der Vorsitzende, Kollege Auer, mit, daß im Betriebe beschlossen sei, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen und er forderte alle Mitglieder auf, sich an den getroffenen Veranstaltungen zahlreich zu beteiligen. Nach Erledigung noch einiger Angelegenheiten in sachlicher und anregender Diskussion schloß der Vorsitzende, Kollege Auer, die imposante Versammlung mit anfeuernden Worten in dem Sinne, das heute Gehörte dazu zu benutzen, um mit allen Kräften für die Organisation zu wirken.

Brieg. Unsere Zahlstelle konnte am 24. April in ihrem Vereinslokal eine schöne Feier begehen. Galt es doch, neun Kolleginnen und Kollegen zu ehren, die länger als 25 Jahre der Organisation angehören. Zu dieser Feier war auch der Gauleiter, Kollege Clement (Prestlau) sowie eine Anzahl Ohlauer Kolleginnen und Kollegen erschienen. Der Männergesangsverein „Vorwärts“ eröffnete die Feier mit dem Liede: „Brüder, reißt die Hand zum Bunde“. In seiner Festrede hob Kollege Clement hervor, daß die Tabakarbeiter schon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die Macht der Organisation erkannt hatten. So bestand in den 60er Jahren in Schlesien schon die Organisation der Tabakarbeiter. Sie wurde dann infolge des Sozialistengesetzes verboten. Versucht wurde dann, die Organisation unter dem Namen „Reisefasse der Tabakarbeiter“ weiter aufrechtzuerhalten, bis auch diese der Auflösung verfiel. Aber bereits 1883 waren es die Bremer Tabakarbeiter, die wieder eine neue Zentralorganisation ins Leben riefen, und schon 1884 wurde auch hier in Brieg die Organisation vom Kollegen Neumann wieder aufgerichtet. Auch erwähnte Kollege Clement eine Anzahl Kollegen, die früher das Banner der Organisation hochhielten, so die Kollegen Hüttich, Mitsche, Arndt, Bahner, Altesch. Den Kollegen, die während und nach der Kriegszeit die Organisation leiteten, so den Kollegen Maluche, Schmidt und Hartmann, sprach Redner seinen Dank aus. Schwere Kämpfe zur Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen sind der hiesigen Zahlstelle nicht erspart geblieben. Kollege Clement ermahnte die Kolleginnen und Kollegen, auch weiterhin treu und fest zur Fahne zu halten, damit das, was bis jetzt erreicht worden ist, nicht wieder verloren geht und vieles, was noch nicht erreicht ist, gewonnen wird. Hierauf wurde jedem Jubilar ein Diplom überreicht. Die so Geehrten sind die Kollegen Frau Pauline Lemche, 27 Jahre, Karl Sauste, 26 Jahre, Wilhelm Seibel, 82 Jahre, Adolf Kienig, 80 Jahre, Joh. Wibera, 27 Jahre, Berta Otremba, 30 Jahre, Richard Edlich, 30 Jahre, Pauline Maluche, 30 Jahre, und Ida Peter, 26 Jahre ununterbrochene Verbandszugehörigkeit. Nachdem noch einige Lieder und Vorträge ernsten und heiteren Inhalts gut zu Gehör gebracht waren, begann der gesellige Teil.

Burgdamm. Am 25. April fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung bei Steller statt. Nach Verlesung der Abrechnung vom ersten Quartal und Erteilung der Entlastung war der geschäftliche Teil erledigt. Nunmehr hatte die Zahlstelle die Aufgabe, eine Ehrung von 21 Jubilaren, die 25 Jahre und länger dem Verbandsangehörigen und deren Namen im „Tabak-Arbeiter“ veröffentlicht worden sind, zu voll-

ziehen. Zu diesem Zwecke war der Gauleiter, Kollege Ostertag, erschienen. Er brachte den Jubilaren den Dank des Vorstandes sowie seinen persönlichen in herzlichen Worten dar, wies auf die Treue und Opferfreudigkeit, die sie dem Verbandsbeweisen hätten, hin, und forderte die Versammlung auf, durch strammes Festhalten an der Organisation das Interesse des Verbandes zu wahren, denn nur durch eine wirtschaftliche Macht könnte die jetzige, so trostlose Lage der Tabakarbeiter gehoben werden. Nach dieser Zeit würde auch eine bessere kommen, denn noch jedesmal hätten die Tabakarbeiter die der Tabakindustrie durch die unsinnige Zoll- und Steuerpolitik aufgebürdete Krise überwunden, und so werde es auch diesmal sein. Kollege Ostertag überreichte dann den Jubilaren die vom Vorstande gestifteten Ehrenurkunden, welche mit sichtbarer Freude und Dank entgegengenommen wurden. Nach einem längeren gemüthlichen Beisammensein, wo manche Erinnerung, besonders aus den achtziger und neunziger Jahren ausgetauscht wurde, fand die Versammlung ihr Ende.

Hamburg. Die Quartalsversammlung der Zahlstelle Hamburg-Altona und Umgegend tagte am 26. April, abends 7½ Uhr, bei A. Ried, Altona. Tagesordnung: 1. Kassen- und Geschäftsbericht; 2. Vortrag über den Gesetzentwurf einer Arbeitslosenversicherung. Der Kassierer, Kollege Rönneke, verliest die Abrechnung vom 1. Quartal. Zentralkasse: Einnahme 13 584,15 M., Ausgabe 12 203,85 M., mit einem Bestand von 1380,30 M. Lokalkasse: Einnahme 24 297,52 M., Ausgabe 13 985,44 M., Bestand 10 312,08 M. Anschließend gibt der Vorsitzende, Kollege Selpien, den Geschäftsbericht. Er ging auf die Misere der Zigarettenherstellung ein und sagte, daß in derselben nur noch eine geringe Zahl in Arbeit stände. Hoffen wir, daß in der Zigarettenindustrie bald ein besserer Geschäftsgang eintreten möge. Weiter berichtet er, daß die Sachverständigen der Tabakarbeiter nachweise getagt und daß dort Beschlüsse gefaßt wären, welche die Länder auffordern, da in der Zigarettenindustrie allein Arbeitskräfte benötigt werden, Betriebsumschulungsgelder zu gewähren, um die überflüssigen Arbeitskräfte aus der Zigarettenherstellung der Zigarettenindustrie zuführen zu können. Die Mitgliedschaft ist trotz der verheerend wirkenden Tabaksteuer immer noch als stabil zu betrachten. In der Zigarettenindustrie ist schwere agitatorische Arbeit mit Erfolg geleistet worden. Für die erwerbslosen Tabakarbeiter ist die Bedürftigkeitsfrage mit rückwirkender Kraft vom 15. Januar 1926 an in Wegfall gekommen. Der Vorsitzende bittet, für die neugegründete Jugendabteilung unserer Organisation recht rege zu agitieren. Sodann forderte Redner die Kollegenschaft zu recht reger Beteiligung an der Maifeier auf. In der Diskussion forderten Schröder sowie Bredel in einer Resolution, die SPD. möchte mit der KPD. die Maifeier gemeinschaftlich begehen. Nach kurzer Debatte wurde die Resolution durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Der Antrag Rudloff, die Jahrentkommissionen aus Arbeitslosen zusammenzusetzen, wurde angenommen. Alsdann erhält das Wort der Kollege Selpien zu einem Vortrag über den Gesetzentwurf einer Arbeitslosenversicherung. Redner entledigte sich seiner Aufgabe in gemeinverständlicher Weise. Er ging auf den Werdegang der Arbeitslosenversicherung ein und stellte an Hand reichlichen Materials fest, daß als Bahnbrecher für dieselbe die Gewerkschaften zu betrachten sind. Diverse Male hätte die Sozialdemokratische Partei durch Anträge im Reichstag schon in Vorkriegszeiten darauf hingewirkt, dem Reichstag eine Gesetzesvorlage dieser Art abzurufen. Leider immer mit negativem Erfolg. Nach der Revolution ist es uns gelungen, die jetzige Verordnung über Erwerbslosenfürsorge sowie eine nun folgende Gesetzesvorlage von der jetzigen Regierung zu erhalten. Redner meinte, die Kollegenschaft sollte sich nicht täuschen lassen; denn die Arbeitgeberverbände und deren Syndizis wären schon daran, diese Vorlage soviel wie möglich zu verkrüppeln. Aber der ADGB. ist bestrebt, dafür zu sorgen, daß aus dem Entwurf ein für die Arbeiter brauchbares Gesetz zustande kommt. Eine lebhafte Diskussion setzte nach dem Referat ein. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Lübbecke. Der Deutsche Tabakarbeiter-Verband hat in den letzten Monaten im Kreise Lübbecke viele neue Mitglieder gewonnen. In Orten, die bisher als unbestrittene Hochburg des christlichen Tabakarbeiter-Verbandes galten, konnten starke Zahlstellen errichtet werden. Viele von den Mitgliedern des christlichen Tabakarbeiter-Verbandes haben ihren Übertritt zum Deutschen Tabakarbeiter-Verband vollzogen. Infolge dieser Zunahme an Mitgliedern hat am 2. Mai eine Sitzung der Zahlstellenverwaltungen des Kreises Lübbecke die Zusammenlegung dieser Zahlstellen zu einer großen leistungsfähigen Zahlstelle von fast 2000 Mitgliedern beschlossen. Als Leiter dieser Zahlstelle wurde der Kollege Wilh. Borchardt, Lübbecke, angestellt. Derselbe tritt sein Amt am 3. Mai 1926 an. Mit dieser Anstellung hat der Verband einen langgehegten Wunsch der Tabakarbeiter des Kreises Lübbecke erfüllt.

Minden. Am 25. April tagte unsere Mitgliederversammlung im Gesellschaftshaus Tonhalle. Nachdem die Abrechnung vom 1. Quartal 1926 gegeben war, nahm unser Gauleiter, Kollege Schlüter, das Wort und gab Aufklärung über verschiedene Fragen. Den trefflichen Ausführungen wurde größte Aufmerksamkeit zollt. Sodann hatte unsere Zahlstelle die Aufgabe, eine Ehrung von fünf Jubilaren zu vollziehen. Auch hierzu nahm unser Gauleiter, Kollege Schlüter, das Wort. Er gab einen Rückblick auf die vergangenen Jahre und zeigte, unter welchen schwierigen Verhältnissen die älteren Kollegen den Grundstein gelegt und am Bau unserer Organisation mitgewirkt haben. Den Jubilaren sprach er den Dank des Vorstandes sowie auch seinen persönlichen in herzlichen Worten aus und forderte die jüngeren Kollegen auf, den älteren nachzuahmen und stets die Interessen des Verbandes zu wahren. Sodann wurden den Jubilaren die vom Vor-

hand gestifteten Ehrendiplome überreicht. Folgende Mitglieder gehören dem Verbandsverbande mindestens 25 Jahre an: Fritz Fels (37 Jahre), Wilhelm Diertmeier (37 Jahre), Matthias Ramscheidt (35 Jahre), Gottlieb Langer (28 Jahre), Heinrich Strub (25 Jahre). Nach einem kurzen Appell an die Kollegenschaft und einem Hoch auf die Jubilare wurde die Versammlung geschlossen.

Vierzig Jahre Zahlstelle Würzburg

Vierzig Jahre gewerkschaftliche Organisation hat für einen Ort wie Würzburg schon eine Bedeutung. Es ist daher, trotz des Hastens und Jagens unserer gegenwärtigen Zeitepoche, wert, eine Minute stillzustehen und rückwärts blickend das an unserem Auge vorbeiziehen zu lassen, was begonnen, fortgesetzt und erreicht wurde. Gewiß, Schnurstricks und endgültig ist auch die Bewegung im Deutschen Tabakarbeiter-Verband nicht an das Ziel gelangt, das sich die Gewerkschaften gestellt haben. Der Weg, der zurückgelegt und der führend von treuen Kollegen begangen wurde, ist mehr als einmal von der großen Hauptstraße nach Seitenlinien gedrängt worden. Die arbeiterfeindlichen Strömungen, das schwerreaktionäre Unternehmertum und hauptsächlich der Klassenstaat mit all seinen Schikanen gegenüber der Arbeiterschaft haben getreulich zusammengeholfen, den kulturellen Aufstieg auch der Tabakarbeiter nach der ungünstigen Seite hin zu beeinflussen.

Die hiesige Zahlstelle, die unter dem Namen „Deutscher Tabakarbeiter-Verband“ gegründet wurde, kann auf eine sehr frühzeitige Tätigkeit zurückblicken. Einige kühne Kollegen folgten dem Vassalleonischen Ruf an die Arbeiter, sich zu vereinigen, bereits im Jahre 1872. Eine kleine, in der Öffentlichkeit unbekannte Mitgliedschaft hatte, obwohl der Verein streng verboten war, in der Schürerschen Fabrik (Münzgasse, jetziges Schulhaus) ihren Sitz. Die Organisation bestand aus 38 Personen. Die gewonnenen Mitglieder waren durchweg Würzburger, während die Kollegen von den Landorten sich zunächst noch zurückhielten. Das Organ der Tabakarbeiter, damals „Der Beobachter“, mit seiner Devise: „Die Arbeiter sind der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft gebaut wird“, wurde bald in 60 Exemplaren gelesen. Einer der Pioniere war der Zigarrenmacher Wilhelm Seufert von Oberdürnbach, der im Jahre 1879 infolge der unausgesetzten polizeilichen Belästigung aus seinem Arbeitsverhältnis scheiden mußte und nach der Schweiz emigrierte. Er starb im Jahre 1910 in Amerika. Durch das Schandgesetz im Jahre 1878 ging der von den Kollegen gegründete Allgemeine Deutsche Tabak- und Zigarrenarbeiter-Verein seiner Auflösung entgegen.

Im Jahre 1886 wurde der Grundstein zur gegenwärtigen örtlichen Organisation gelegt. Die erste Ortsverwaltung, die aus den Kollegen Anton Korndörfer, Hans Stadtmüller und Adam Hug bestand, versuchte, durch Listeneinzeichnungen weitere Kollegen zu gewinnen. Die Entwicklung der gegründeten Zahlstelle ging sehr langsam vor sich. Im Jahre 1893 begann eigentlich erst eine wirklich ernste und rührige Agitation unter den Mitgliedern. Eine rege Tätigkeit gegen die Tabaksteuer setzte für die bedrohte Existenz der Kollegen ein. Durch Sammellisten wurden unter großer Opferwilligkeit die nötigen Gelder aufgebracht, um den Tabakarbeiterkongress 1893, der sich gegen die Besteuerung der Tabake wandte, durch den Kollegen Anselm Feineis zu beschicken. Die ständige weitere Belastung des Tabaks hielt die Mitglieder stets auf dem Posten, und so wurden auch die Kongresse im Jahre 1906 und 1909 durch die Kollegen Adam Hug und Albert Schmidt besucht. Enghaltungen und Not waren im weiteren Verlaufe stets die Folgen einer jeden Tabaksteuer für die Kollegen und Kolleginnen; Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit war und ist die Losung, so daß wir sehr trübe in die Zukunft schauen.

Die Zahlstelle nahm stets Teil an der Delegiertenwahl zu den Verbandstagen und wurde dort von den Kollegen Wilhelm Herrmann, Max Hemmerich, Otto Köberlein — 1903 und 1922 in Dresden, 1913 in Heidelberg, 1919 in Bremen und 1925 in Nordhausen — vertreten.

Auch in der Umgebung, in Karlstadt, Langenprozelten, Rieneck, Rimpf und Rottendorf setzte die Agitation ein, die stets von Erfolg gekrönt war.

In den Betrieben von Würzburg mit über 850 Tabakarbeitern und Arbeiterinnen waren bis zu Kriegsbeginn ein Drittel organisiert. Nach der Revolution aus ihrer Letargie gewedt, traten die Fernstehenden geschlossen in den Deutschen Tabakarbeiter-Verband ein. Die christliche Organisation mit ihren 10 Mitgliedern konnte sich schon während des Krieges nicht mehr halten und verfiel der Auflösung. Die kleine Schar ist zum Deutschen Tabakarbeiter-Verband übergetreten, dem sie schon einmal als Mitglieder angehörte. Die jetzige Mitgliederzahl beträgt 255, wovon in der Zigarrenherstellung 231 Mitglieder beschäftigt sind und 24 in der Rauch- und Schnupftabakfabrikation. Die Mitglieder teilen sich in 71 männliche und 184 weibliche. Der Krieg brachte eine wesentliche Beeinträchtigung in der Mitgliedschaft, da von 48 zur Truppe einberufenen braven Kollegen 15 ihr Leben lassen mußten. Die anderen in der Heimat gebliebenen haben dem Verbandsverband die Treue bewahrt, so daß die Organisation durchgehalten werden konnte.

Im Jahre 1906 stellten die Zigarrenmacher der Firma J. Schürer zum erstenmal auf Grund der hohen Lebensmittelpreise eine Lohnforderung, die aber infolge der großen Zahl von Unorganisierten vom Verband nicht geheißenen werden konnte und auch wieder zurückgezogen wurde. Eine weitere Lohnforderung an die Firma J. Schürer wurde im Oktober 1910 gestellt. Für diese Forderung zeigte die Firma etwas Entgegenkommen und erhöhte auf 19 Sorten die Lohnsätze. Im Jahre 1913 reichten auch die Mitglieder der Firma L. und S. Strauß eine Forderung ein, die fast zu einem Streik führte. Durch Eingreifen der Gewerkschaft und Ortsverwaltung wurde die Kündigung zurückgezogen. Auf verschiedenen Sorten konnte eine kleine Zulage erreicht werden. Im Jahre 1922 kreierten wegen geheimeren tariflichen Ver-

handlungen 846 Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, um schnellere Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium zu erreichen. Dieser achtstägige Streik brachte in der Zigarrenfabrikation eine 50prozentige Lohnerhöhung. Die Fabrikanten verzichteten auch auf einen Schadenerlass für angeblich verdorbene Waren in der Zeit des Streiks. Die Arbeit wurde dann in allen Betrieben wieder voll aufgenommen.

Die Gründungsmitglieder haben ihrer Sache die Treue nicht gehalten. Die Mitgliederliste zeigt leider von den heute noch lebenden Gründungskollegen keinen als Mitglied auf. Trotzdem gebührt den noch lebenden Gründern der Dank für ihre Tat. Für die weitere Entwicklung des Verbandes waren stets die Wegweiser die verstorbenen Kollegen Johann Bauer, Johann Baierlein, Mathias Stumpf, Franz Stetter und Ernst Schmidt, welche bis zum Lebensende treue Mitglieder waren. Auch gedenken wir der noch unter den Lebenden weilenden Kollegen, die hervorragend und ehrlich für den Verband tätig waren. Es sind dies die Kollegen Bernhard Arnken, Wilhelm Herrmann, Adam Hug und Leo Kraus, welche sich an unserem Jubeltage besonders freuen dürften. Auch anderer Kollegen gereicht es zur Ehre, als alte Verbandskollegen in unserer Mitgliederliste zu stehen und heute dem Verbandsverbande 25 und mehr Jahre anzugehören. Es betrifft dies unsere Kollegen Michael Bauer, Bartel Bedt, Anselm Feineis, Wilhelm Grüntgens, Max Hemmerich, Philipp Holzhäuser, Albert Schmidt und Lisette Schmidt.

Die Leitung der Organisation liegt gegenwärtig in Händen ihres langjährigen 1. Bevollmächtigten Max Hemmerich, 2. Bevollmächtigter Albert Schmidt, der im kommenden Jahre auf eine 25jährige Tätigkeit als Verbandskassierer zurückblicken kann. Schriftführer ist Kollege Cornelius Diebler.

Manch schwere Zeiten hatte die Zahlstelle Würzburg des Verbandes zu überstehen. Aber immer wieder fanden sich tapfere Kollegen, die das Schiffslein flotthielten, damit es dem gesteckten Ziele zusteuern konnte. Mögen diese Zeiten den älteren Kollegen eine Erinnerung sein, den jüngeren Kollegen und Kolleginnen aber zeigen, daß der Verband aufgebaut ist durch rastlose unermüdete Arbeit. Und so wollen wir uns im Jubeljahr unseres Verbandes geloben, auch fernerhin getreu mitzuarbeiten an dem weiteren Aus- und Aufbau unserer Organisation unter der Devise:

Einigkeit macht stark!

Verbandssteil

Am 8. Mai ist der 19. Wochenbeitrag fällig

Zahlstellenverwaltungen!

Schickt sofort die noch ausstehenden Statistikkarten und Fragebogen, die fehlenden Quartalsabrechnungen und alle überschüssigen Verbandsgelder an den Verbandsvorstand in Bremen!

Fehlende Abrechnungen vom 1. Quartal 1926

Am 4. Mai fehlten noch die Abrechnungen aus folgenden Zahlstellen:

Gau Hamburg. Altenbruch, Clausthal-Zellerfeld, Ederförde, Gandersheim, Grevesmühlen, Isehoe, Kellinghusen, Münchhof, Neuhäuser, Schwerin.

Gau Nordhausen. Bovenden, Döhrenbach, Ermischwerdt, Fürstentagen, Gebesee, Großbreitenbach, Helmarshausen, Hettstedt, Oberode, Rofbach, Rotenburg, Winkingerode, Uslar, Stollberg, Hannrode.

Gau Herford. Ahle, Baarsen, Bünde, Buxtedt, Detmold, Ellshausen, Enger, Bad-Essen, Gehlenbed, Holsen b. Bünde, Kirchlegern, Leopoldsböhe, Löhne Bahnhof, Löwenstein, Niederbedden, Oettinghausen, Stitt-Quernhelm, Rehme, Rodinghausen, Schwenningdorf, Spradow, Werste.

Gau Köln. Düsseldorf, Worms.

Gau Gießen. Blebrich.

Gau Heidelberg. Bittenhausen.

Gau Kassel. Kassel, Offenbach.

Gau Offenbach. Frelburg, Frelsenhelm, Ringsheim, Junsweler.

Gau Dresden. Grimma, Halberstadt, Rochlitz, Stendal, Torgau, Wittenberg, Meuselwitz.

Gau Breslau. Karsteln, Züllichau.

Gau Berlin. Calau, Dröben, Pasewalk, Wusterhausen.

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 14. April. Barntrup 28,05. Hameln 90,—.
- 15. Bielefeld 150,—.
- 18. Rahden 120,—.
- 23. Peitz 21,92. Schönberg 200,—. Rünzelsau 40,—.
- 24. Rastatt 40,—. Pegau 25,—. Duderstadt 11,—. Herzberg 15,42. Löbau 100,—.
- 28. Erzleben 84,—. Obermeppen 17,55. Rees 50,—. Briesbus 15,—. Ettenheim 11,80. Bredstedt 44,45.
- 27. Dresden 1000,—. Ebstorf 40,—. Coblenz 15,10. Oberbauer 124,—. Hamburg 350,—. Heppenheim 26,12. Wanfried 100,—. Warendorf 84,—. Sulingen 23,28.
- 28. München 1000,—. Berlin 1500,—. Lübeck 70,—. Bochum 9,—. Mosbach 16,80. Gräfentonna 12,80. Königsbrüd 50,—.
- 29. Jhenheim 84,—. Potsdam 15,—.
- 30. Offenbach 165,—. König 6,50. Berlin 750,—. Kassel 100,50.

Bremen, den 4. Mai 1926.

J. Krohn.

Das kommende Zeitalter der Gewerkschaften

Die gegenwärtige Lage der deutschen Wirtschaft und ein Blick in die Zukunft lassen es nicht vermessen erscheinen, von einem kommenden Zeitalter der Gewerkschaften zu sprechen. So schwer auch die Wirtschaftskrise auf der deutschen Arbeiterbewegung lastet, so haben wir doch keinen Grund, den Mut zu verlieren, sondern gerade jetzt sollte der Glaube an unsere Arbeit die Erkenntnis in uns festigen, daß dieser so großen, hereinbrachenden und dem Nichtkenner so nüchtern erscheinenden Gewerkschaftsbewegung die Zukunft gehört und gehören muß.

Die deutsche Wirtschaft macht eine tiefgreifende Umwälzung durch. Neue Wege wohin man blickt, neue Probleme, die der Lösung harren, allerorten. Und in diese Umwelt, inmitten der revolutionären Zuckungen einer technisch rasch voranschreitenden Zeit, ist nun die deutsche Arbeiterklasse gestellt. Es erscheint notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Arbeiterklasse hierzulande in den nächsten Jahren aufpassen muß, will sie nicht, wie schon so oft, eine günstige Gelegenheit verpassen. Rationalisierung, Umstellung, so ertönt es auf Gassen und Märkten. Technische Vervollkommnung des Arbeitsprozesses, die fürs erste vor allem Freisetzung von Arbeitskräften bedeutet. Aber wenn auch die Rationalisierung vor allem die Maschine in den Vordergrund stellen wird und die Arbeitsweise noch mehr als bisher mechanisieren will, so gilt auch heute noch das, was unser verstorbene Kollege und Freund Karl Legien vor 18 Jahren auf dem Gewerkschaftskongress in Hamburg ausführte: „Der intelligenteste, kapitalkräftigste Unternehmer würde die Produktion nicht vollziehen können, wenn er nicht über eine intelligente Arbeiterklasse verfügte, und daß die deutsche Arbeiterklasse zu dieser Intelligenz gekommen ist, das dankt sie nicht den Herrschenden, sondern ihrer eigenen Erziehung, ihrer Organisation.“ Und 1915 schrieb Karl Legien in dem Buche „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland“: „Unsere Industrie stellt in bezug auf geistige Befähigung heute Anforderungen an die Masse der Arbeiter wie nie zuvor. In dem modernen Produktionsprozeß kann nur ein geistig hochstehender Arbeiter seinen Platz ausfüllen.“ Diese Worte (sie sind zu finden in dem äußerst lesenswerten Aufsatz „Gewerkschaften und Volk“, den der Kollege Leipart anlässlich des fünften Todestages Karl Legiens im Heft 1 der „Arbeit“ 1926 veröffentlichte) gelten auch für die kommende Zeit der Rationalisierung. Die den Unternehmern vorschwebende Umstellung

der Industrie wird nur dann sich erfolgreich durchsetzen können, wenn die Arbeiterschaft nicht als ein lästiges Unhängsel, das man möglichst restlos auszuschalten sucht, sondern als mittätiges und vollwertiges Glied betrachtet wird.

Jedoch kann diese Rolle im Produktionsprozeß von der Arbeiterschaft nur erfüllt werden, wenn die Gewerkschaften, dieses festeste Band der organisierten Arbeiterklasse, stark und kräftig genug sind, in diesem Umstellungsprozeß die Führung zu übernehmen. Nicht der einzelne Arbeiter, nicht die „Arbeitsgemeinschaft von unten auf“, wie man die gelben Werkvereine der neueren Zeit bezeichnet, kann hier etwas vollbringen, sondern nur die geschulte, disziplinierte und organisierte Arbeiterklasse. Und das können nur die Gewerkschaften sein. So mag denn die Rationalisierung kommen, sie wird und muß die deutsche Arbeiterklasse gewappnet finden.

Noch ein anderes Merkmal der nächsten Jahre sollte beachtet und in den Kreis der Kalkulation gezogen werden: die durch den Geburtenausfall des Krieges herbeigeführte Knappheit von Arbeitskräften. Bekanntlich hat der Krieg nicht nur Menschen in großer Zahl hinweggerafft, sondern er hat auch die Menschenkeime an der Entfaltung gehindert. Diese Periode auf dem deutschen Arbeitsmarkt tritt vom Jahre 1929 an in Erscheinung und wird bis zum Jahre 1934 anhalten. Die Unternehmer sehen dieser Periode mit einiger Angst entgegen, sie glauben, daß die Gewerkschaften in dieser Zeit riesenstark werden könnten. Nicht zuletzt aus diesem Grunde fördern sie die Rationalisierung, um den lebendigen Menschen im Produktionsprozeß möglichst auszuschalten. Das, was in Amerika sich als der größte Hebel zur Erreichung eines besseren Lebensstandards bewährte, die Menschenknappheit, kann sich in abgeschwächter Form in den nächsten Jahren bei uns abspielen. Will jemand zweifeln, daß die Gewerkschaften noch nie so notwendig waren als in der kommenden Periode? Will jemand bestreiten, daß die deutsche Arbeiterklasse, wenn sie dann nicht auf dem Posten ist, etwas ausschlägt, was ihr, um mit Schiller zu reden, keine Ewigkeit zurückbringt? Wenn dies nicht bestritten wird, stärkt eure Kraft mit und durch die Gewerkschaften!

Wie sieht es nun politisch aus? Auch hier dürfen wir nicht in hoffnungslosem Pessimismus verfallen. In dem bereits erwähnten Aufsatz findet der Genosse Leipart über den demokratischen Staat treffende Worte, wenn er schreibt:

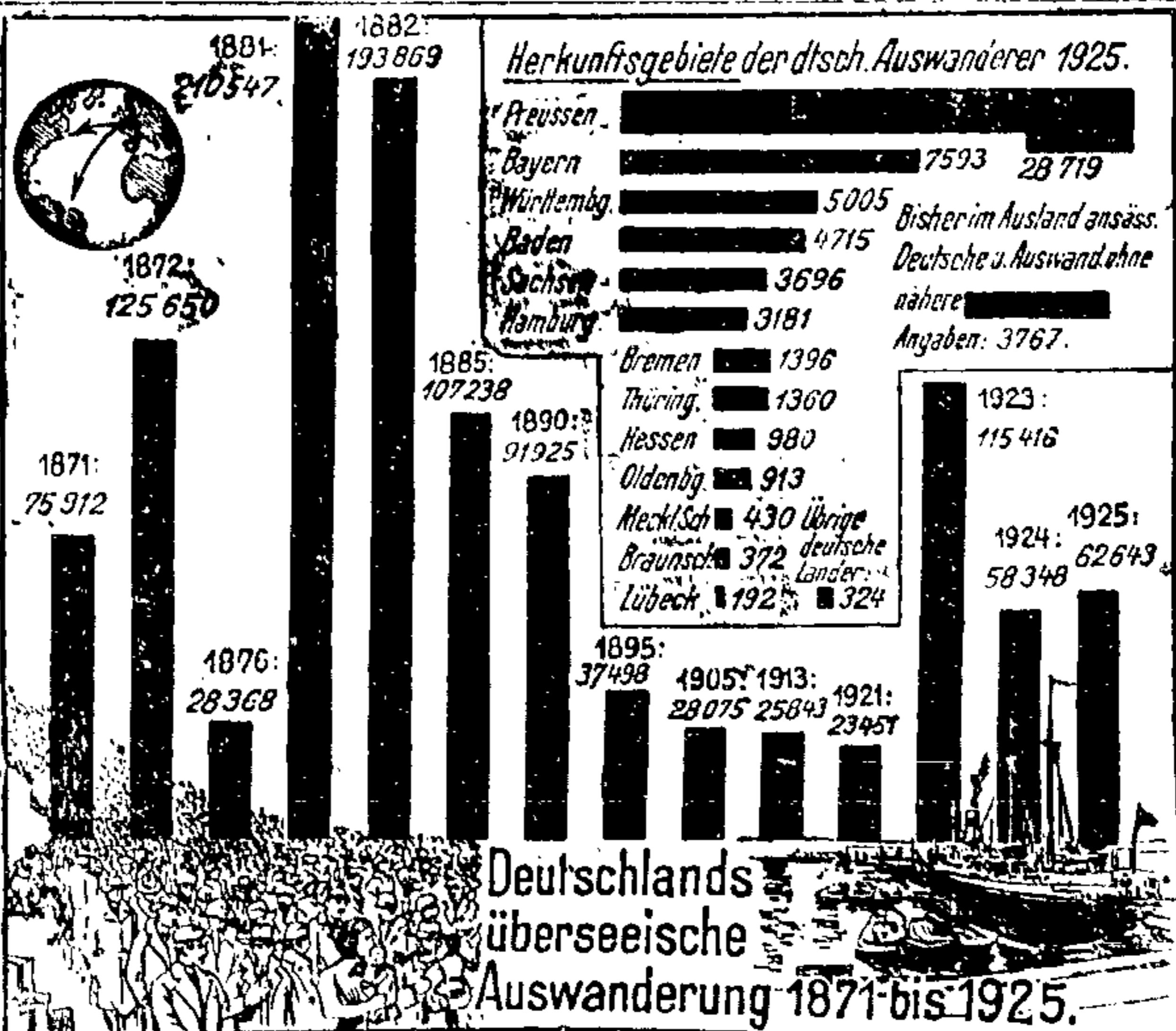
Für den demokratischen Staat ist es aber auch eine Notwendigkeit, daß er von sich aus Wirtschaftspolitik treibt für das Volk. Der demokratische Staat ist nicht mehr der Obrigkeitsstaat von früher, sondern soll der Volksstaat sein. Als solcher ist der demokratische Staat ge-

Die überseeische Auswanderung in den letzten 65 Jahren

Die traurigen Verhältnisse, unter denen Deutschland vielfach zu leiden hatte, haben dazu beigetragen, daß eine große Zahl von Menschen ihrem Vaterlande den Rücken kehrten, um in fremden Erdteilen eine neue Existenz aufzubauen. Es waren nicht die Schlechtesten, die namentlich der große Magnet Amerika anzog und dauernd festhielt. Unser Schaubild zeigt die außerordentlich großen Schwankungen im Laufe der Jahrzehnte. Man kann hierin wohl die Wirkung der sozialen Verhältnisse in Deutschland sehen. In der letzten Zeit war es namentlich das Jahr 1923, das einen größeren Aufschwung in der Auswanderung brachte.

Der obere Teil unserer bildlichen Darstellung gliedert die im Jahre 1925 Ausgewanderten nach ihrer Herkunft aus den deutschen Ländern. Preußen als der stärkste deutsche Staat stellt naturgemäß das Hauptkontingent der deutschen Auswanderer. Von den übrigen Ländern sind einige, z. B. Württemberg und Baden, die gegenüber den anderen deutschen Ländern eine im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl wesentlich stärkere Auswanderung aufzuweisen haben.

Die Zahl der überseeischen Auswanderer aus Deutschland wird für das Jahr 1925 mit 62 643 angegeben. Sie betrug im Jahre 1921



zwungen, mehr Wirtschaftspolitik zu betreiben, als der alte Obrigkeitstaat das zu tun brauchte. Der demokratische Staat muß aber auch um seiner selbst willen seinen Einfluß auf die Wirtschaft ausüben. Denn Demokratie im Staate und Autokratie in der Wirtschaft vertragen sich nicht auf die Dauer. Wer also das demokratische System in der Staatsverwaltung schützen und aufrechterhalten will, muß dafür sorgen, daß auch in der Wirtschaft die Demokratie durchgeführt wird.

Die Demokratisierung der Wirtschaft ist die Herkulesarbeit, die die neue Zeit der Arbeiterschaft in die Wiege gelegt hat. Eine schwerere Arbeit wurde der Arbeiterschaft noch in keiner Geschichtsperiode zugemutet. Sie ist nur von entschlossenen Männern, denen wirtschaftliche Erkenntnis voranleuchtet, zu leisten. Und diese Männer können ihre Kraft nur aus dem ewig jungen Born der Organisation schöpfen. Die gewerkschaftliche Organisation ist die Schule, aus der die Führer der Wirtschaft von Arbeiterseite her hervorgehen können. Das sollte bei alledem beachtet werden.

Und wie sieht die Welt aus, wenn wir sie von der hohen Warte der internationalen Bewegung betrachten? Auch hier bieten gerade die letzten Tage wichtige Anhaltspunkte, die Zukunft voranzusehen und beurteilen zu können. Die Tagung des Internationalen Arbeitsamts ist vorüber, wo Arbeiterführer von der Plattform einer international gefestigten Organisation die Grundsätze der Sozialpolitik hervorheben und gegen Unternehmervertreter verteidigen konnten. Der Achtstundentag, dieses hehre Ziel, soll geschlechtlich in allen Industrieländern verankert werden. Noch speien die Unternehmer aller Länder Gift und Galle gegen dieses bevorstehende Ereignis. Es wird ihnen nichts nützen, sie werden nachgeben müssen. Doch ohne eine international gefestigte und eng verbundene Gewerkschaftsbewegung wird die internationale Sozialpolitik um kein Jota vorwärts gebracht werden können.

In derselben Stadt, wo das Internationale Arbeitsamt tagte, wurde fast zur gleichen Zeit die Weltwirtschaftskonferenz eröffnet. Und dort sitzen neben Vertretern der Unternehmer und der Regierungen Arbeiter. Gleichberechtigt wie jene sind sie berufen, das große Gebiet der internationalen Wirtschaft zu durchforschen, Vorschläge zu formulieren, die der lebendigen Arbeitskraft in der sich anbahnenden neuen Organisation der Weltwirtschaft mehr Geltung und ein fundiertes Recht verschaffen sollen. Auch diese Arbeit wird geleistet werden können, wenn zu Hause jeder einzelne an seinem Plazze die Arbeit verrichtet, die ihm zugewiesen ist und auf der er etwas zu leisten vermag. Von unten auf, ausstrahlend bis in die internationalen Konferenzzimmer, muß ein lebendiger Odem die Gewerkschaftsbewegung durchdringen. Davon sollte jeder Kollege und jede Kollegin durchdrungen sein.

Wer uns bisher gefolgt ist, wird mit uns der Meinung sein, daß man mit Fug und Recht von dem kommenden Zeitalter der Gewerkschaftsbewegung sprechen darf. Das Rad der Zeit läßt sich nicht zurückdrehen. Alles, was wir heute nur in teil-

weise primitiven Anfängen sehen, wird weiter und weiter fortschreiten und der endgültigen Lösung entgegengehen oder getrieben werden müssen. Nun liegt es an der Klasse, ihre geschichtliche Mission zu erkennen und mit der ganzen Leidenschaft, die einer kämpfenden und von ihrer Sache durchdrungenen Gruppe innewohnt, dafür zu wirken, daß ihre Kraft sich ver-tausendfacht, auf daß der Weg verkürzt werden kann. Und diese Kraft liegt in der Gewerkschaftsbewegung.

Rundschau

Für partitisch besetzte Berufskammern

Im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 17 berichteten wir über eine Eingabe der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, in der eine Umgestaltung der Berufskammern gefordert wird. Die Wichtigkeit der Sache für die Arbeiter veranlaßt uns, den entscheidenden Teil der Eingabe wörtlich zur Kenntnis der Leserinnen und Leser dieses Blattes zu bringen. In der Eingabe heißt es:

Die maßgebenden Organisationen der deutschen Wirtschaft waren im Jahre 1922 bei der Aufstellung vorgenannter Leitfäden von der Erwartung ausgegangen, durch die Umgestaltung der Kammern eine Lösung für den im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehenen Unterbau des Reichswirtschaftsrats zu finden und den Unterbau vor, zum mindesten aber gleichzeitig mit dem endgültigen Reichswirtschaftsrat verwirklicht zu sehen. Die deutschen Gewerkschaften bedauern, daß der vorliegende Entwurf eines Mantel- und eines Ausführungsgesetzes, beiz. den endgültigen Reichswirtschaftsrat, diesem Standpunkte nicht Rechnung trägt. Es erscheint nicht tragbar, den Oberbau der öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsvertretungen, den endgültigen Reichswirtschaftsrat, zu bilden, ohne gleichzeitig auch den Unterbau, d. h. die Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufskammern und die Einrichtung der Bezirkswirtschaftsräte durchzuführen. Diese völlig einseitig, nur von den Unternehmervertretern gebildeten öffentlich-rechtlichen Kammern wachsen sich, wie das aufsehenerregende Vorgehen auf der kürzlich in Essen stattgefundenen Tagung der Industrie- und Handelskammern des rheinisch-westfälischen und des südwestfälischen Industriebezirks mit aller Deutlichkeit zeigte, zu einer immer größeren Gefahr für die deutsche Wirtschaft und den sozialen Frieden aus. Auf der Essener Tagung der Industrie- und Handelskammern brachten es in der Öffentlichkeit weithin bekannte Wirtschaftsführer unter dem Beifall der Anwesenden fertig, im Namen der Wirtschaft Forderungen gegen die Arbeitnehmer aufzustellen, die wegen ihrer Tragweite nur als Kampfansage aufgefaßt werden können. Die Wirtschaft soll frei sein von allem Zwang (d. h. soweit er zugunsten der Arbeitnehmer besteht.) Den Kartellen der Unternehmer soll möglichst weitgehende Freiheit gewährleistet sein. Der Wirtschaftsfriede soll nicht auf dem Wege der Verständigung mit den Arbeiterorganisationen, sondern durch neue Arbeitsgemeinschaft in den Betrieben, d. h. durch gelbe Wertgemeinschaften, herbeigeführt werden. Die Wertleitungen sollen die Führung solcher Gebilde, in denen der Arbeitnehmer lediglich Objekt sein soll, selbst in die Hand nehmen. Der Achtstundentag und die Ratifikation des Washingtoner Abkommens seien zu verworfen, das staatliche Schlichtungswesen zu beseitigen, die „sozialen Lasten“ zu hoch, die Sätze der Erwerbslosenfürsorge müßten herabgedrückt werden, denn die Tarifverträge seien schädlich. Ferner müßte

58348 und liegt mit rund 40 000 über dem Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre. Auch in den ersten Monaten des Jahres 1926 ist eine weitere Steigerung der Auswandererzahl, eine Folge der Wirtschaftskrise in Deutschland, festzustellen.

Von den Auswanderern im Jahre 1924 konnte von 48 797 der Beruf festgestellt werden. Von ihnen gehörten 18 583 der Landwirtschaft an. Für das Jahr 1925 liegen für 50 183 Auswanderer Angaben über den Beruf vor. Die Landwirtschaft ist daran mit 12 812 Auswanderern beteiligt. Der Anteil der landwirtschaftlichen Auswanderer an der gesamten Auswanderung hat sich danach von 38,1 Prozent im Jahre 1924 auf 25,5 Prozent im Jahre 1925 gesenkt. Es ist also ein merkliches Abstoppen in der landwirtschaftlichen Auswanderung zu beobachten, was immerhin gewisse Schlüsse auf die Lage der deutschen Landwirtschaft zuläßt. In diesem Zusammenhang wird interessieren, daß unter den Auswanderern im Jahre 1925, die der Landwirtschaft, der Gärtnerei und der Tierzucht angehörten, 573 selbständige und 7128 unselbständige Existenzen gezählt wurden.

Der Anteil der in der Industrie beschäftigten Auswanderer hat sich von 37,3 Prozent (18 177) im Jahre 1924 auf 38,2 Prozent (19 187) im Jahre 1925 gesteigert. Die Steigerung der Gruppe Handel und Verkehr wird von 6804 im Jahre 1924 auf 8888 im Jahre 1925 (13,9 Prozent gegenüber 17,6 Prozent) angegehen. Im Jahre 1924 wanderten 3401 Personen (6,9 Prozent) nach Übersee, die im häuslichen Dienst standen oder Lohnarbeit verrichteten. Im Jahre 1925 waren es 6863 Personen (13,7 Prozent). Der Anteil der freien Berufe und der im öffentlichen Dienst stehenden Personen an der überseeischen Auswanderung aus Deutschland vergrößerte sich von 3,8 Prozent (1882) im Jahre 1924 auf 5 Prozent (2483) im Jahre 1925.

Wieviel Steuern zahlt die Hausfrau?

Von Mathilde Wurm, Mitglied des Reichstags

Geht eine gute Hausfrau zum täglichen Einkauf und hofft sie, für ihre Familie gut einzukaufen, daß alle nicht nur satt werden, sondern daß es ihnen auch schmeckt, und außerdem, was die Hauptsache ist, Mann und Kinder in dem, was sie essen, eine gute und auskömmliche Nahrung erhalten, dann sieht sie ihr schönes Vorhaben soundso oft scheitern, weil — das Geld nicht langt.

Betrübt steht sie da. Vergeblich versucht sie zu ergründen, warum ihr Geld denn niemals zu dem geplanten Einkauf reichen will, obwohl ihr Mann fast seinen ganzen Verdienst für den Unterhalt seiner Familie abgibt und sie als häuslicher Finanzminister aufs sparsamste wirtschaftet.

Sie hört den Kaufmann reden — denn im Konsum kaufen die meisten unserer lieben Hausfrauen nicht — von den hohen Löhnen und den schweren sozialen Lasten, die alle Waren verteuerten. Sie findet zwar den Lohn, den ihr Mann für vielstündige schwere Arbeit nach Hause bringt, durchaus nicht hoch, und von den alten Eltern weiß sie, daß deren Altersrente zum Verhungern gering ist, — wenn sie da nicht manchmal ein bißchen nachhülfe! — Aber sie weiß nicht oder traut sich nicht, dem Krämer zu antworten oder gar zu widersprechen.

Und doch, ihr lieben Hausfrauen, liegen die Gründe für die Warenteuerung, die euch immer wieder schmerzliche Enttäuschung bereitet, offen zutage; ihr müßt sie nur sehen und erkennen lernen wollen. Längst hat die Wissenschaft festgestellt, wieviel der erwachsene Mensch, das Kind an Nahrung zu sich nehmen muß, um den täglichen Kräfteverbrauch zu ersetzen und

verhindert werden, daß noch länger von Beamten, Lehrern, Juristen und Gewerkschaftssekretären wirtschaftsschädigende Gesetze gemacht werden.

Die deutschen Gewerkschaften betonen mit Entschiedenheit, daß es nicht Aufgabe der Industrie- und Handelskammern ist, in dieser unerhörten Art und Weise gegen berechnete Belange und Lebensfragen der deutschen Arbeitnehmer Stellung zu nehmen. Sie wenden sich ferner nachdrücklich dagegen, daß die bisher nur von Unternehmern gebildeten öffentlich-rechtlichen Kammern das Recht haben, namens der deutschen Wirtschaft Anträge, Gutachten und Beschlüsse zu fassen. Zur Wirtschaft gehören auch, und zwar nicht in letzter Linie, die 70 Prozent des deutschen Volkes ausmachenden Arbeitnehmer.

Die Gewerkschaften fordern deshalb aus Gründen des Staatswohls, der Wirtschaftsförderung und des sozialen Friedens, daß die Berufsorganisationen und Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung durch Beteiligung an den öffentlich-rechtlichen Berufskammern der deutschen Wirtschaft als mitwirkende und mitverantwortliche Faktoren herangezogen werden.

Das Bodenreformgesetz vor dem Reichstag!

Im Reichstag steht am 4. Mai der Bericht des 11. Ausschusses (Wohnungswesen) über den Antrag der Abgeordneten Brodau, Koch-Weser u. Gen. betr. Vorlegung eines Bodenreformgesetzes zur Beratung. Berichterstatter ist der Abgeordnete Silberschmidt. Die Entscheidungsstunde des seit Jahren gehenden Kampfes um die deutsche Bodenreform ist gekommen. Es handelt sich um ein Gesetz, das von schwerer Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft überhaupt, insbesondere aber für unsere Sozialpolitik ist, — um ein Gesetz, das den weitesten Rahmen für unsere gesamte Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik bildet, — um ein Gesetz, das eine großartige Lösung der Wohnungsfrage ermöglichen soll. In dieser letzten Stunde richtet auch das Aktionskomitee für Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik einen dringenden Appell an den Reichsarbeitsminister. Durch den Obmann des Aktionskomitees ist kürzlich dem Herrn Reichsarbeitsminister der nachstehende, einstimmig gefasste Beschluß des Aktionskomitees übermittelt worden:

Das Aktionskomitee für Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik beschließt, der Reichsregierung mitzuteilen, daß das Aktionskomitee von ihr die baldige Einbringung des Bodenreformgesetzentwurfes des Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsminister vom 22. März 1926 beim Reichstag erwartet, und daß die dem Aktionskomitee angeschlossenen Organisationen für die Annahme dieses Gesetzesentwurfes im Reichstag mit allen Mitteln energisch agitieren werden.

Der Beschluß trägt folgende Unterschriften: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (Leipart), Deutscher Gewerkschaftsbund (Bernhard Otte, Dr. Brüning), Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten (Dr. Frieda Glas), Soziale Kommission der Deutschen Gewerksvereine S. D. (Alfred Lange), Allgemeiner freier Angestelltenbund (Muschäuser), Allgemeiner Deutscher Beamtenbund (Dr. Völker), Deutscher Beamtenbund (Remmers), Deutsche Wohnungsfürsorge A.-G. für

den Körper aufzubauen. Aber diese Wissenschaft kommt nie in eure Küche, nie an euren Herd; darum müßt ihr zur Wissenschaft kommen, müßt erfahren, welches Unrecht euch tagtäglich von der herrschenden Klasse zugefügt wird, und müßt euch gegen sie verbünden, um euch selber zu helfen.

In der furchtbaren entbehrungsreichen Zeit des Weltkrieges gab es zwar wenig zu essen, doch das wenige hatte einen durch Zwangswirtschaft bestimmten Preis, so daß ihr es kaufen konntet. Heute leben wir wieder in der herrlichen „freien“ Wirtschaft. Es ist alles da, aber nur für die, so einen großen Geldbeutel besitzen; nicht für euch, Arbeiterfrauen!

„Es wächst hienieden Brot genug für alle Menschenkinder“, nur wollen an diesem Brot gar zu viele verdienen! — Da ist der Grundbesitzer, auf dessen Feld das Getreide wächst, dann kommt der Getreidespekulant, der es kauft, wenn der Halm noch grün ist; ihm folgen der Müller, der Mehlgroßhändler, der Kleinhändler, der Bäcker. Sie alle wollen verdienen, und je mehr, desto lieber. Und nicht zuletzt kommt der Staat, der sagt, die Brotesser müssen Steuer zahlen, und er erhebt eine indirekte Steuer, die Umsatzsteuer, bei jedem Verkauf, vom Getreideselbstbesitzer, dem Produzenten, bis zu dir, liebe Hausfrau, die du Brot einkaufst für dich und die deinen, die ihr die Konsumanten seid.

Nehmen wir mal an, du hättest einen Mann und drei Kinder, und kaufst täglich ein: 1 1/2 Liter Milch = 10 1/2 Liter, wöchentlich, die kosten zurzeit 3,15 M., 6 Laib Brot wöchentlich zu 100 Gramm (der Laib zu 50 Pf.) = 8 M., 10 Eier zu 15 Pf. = 1,50 M., Butter, Schmalz, Margarine nur 3 M. wöchentlich, die du aber nur sehr dünn aufstreichen darfst, 2 Pfund Mehl zu 20 Pf. = 40 Pf. Verschiedene Nahrungsmittel, zusammen 4 bis

Beamte, Angestellte und Arbeiter (Dr. ing. Wagner), Heimstättenamt der Deutschen Beamenschaft E. V. (Johannes Lubahn), Arbeitsgemeinschaft der Fachgewerkschaften (Dr. Beume), Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands (Förster), Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen (Pfändner), Zentralverband Deutscher Kriegsbeschädigten (Stadsholt), Gemeinnütziger Reichsbund Kriegersiedler G. m. b. H. (Maroke, Pfändner), Märkische Scholle, (Schluckebier), Deutsches Heim (Schadewald), Reichsbund Deutscher Mieter (Fritz Dzienk), Bund Deutscher Mietervereine, Geschäftsstelle Berlin, (Gramse), Gruppe Nord, Gemeinnützige Siedlungs-G. m. b. H. (Siebenhaar), Bund Deutscher Bodenreformer (Victor Roach).

Hinter dem Beschluß des Aktionskomitees stehen also die Vertreter von Millionen deutscher Arbeitnehmer.

Der Ständige Beirat für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium hat in seiner Sitzung vom 22. März 1926 seinen ersten Entwurf für das Bodenreformgesetz von 1920 nicht unwesentlich geändert. Der Wortlaut des revidierten Entwurfes, der vom Ständigen Beirat einstimmig angenommen worden ist, ist durch den Herrn Reichsarbeitsminister bereits den Landesregierungen zur Begutachtung zugeschickt worden. Ein Zeichen, daß die Regierung selbst überzeugt davon ist, daß das Bodenreformgesetz kommen muß, und daß sie willens ist, dieser Notwendigkeit Rechnung zu tragen. Nunmehr kommt alles darauf an, daß unsere höchste Volksvertretung, der Reichstag, der Regierung die Möglichkeit gibt, das Gesetz zu verwirklichen.

Das Programm der Arbeiter für die internationale Wirtschaftskonferenz

Die vorbereitende Kommission der internationalen Wirtschaftskonferenz, in der die Arbeiter von Jouhaux (Vize-Präsident des IGB.), Dudgeest (Sekretär des IGB.), Eggert (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) und Pugh (Präsident des Britischen Gewerkschaftsbundes) vertreten werden, wurde am 25. April in Genf eröffnet. Das von der Arbeitergruppe unterbreitete Programm umfaßt folgende Punkte: Stabilisierung der Valuten (insbesondere in Zusammenarbeit mit den von den Regierungen kontrollierten Zentralbanken); internationale Handelspolitik (Bekämpfung des Dumping auf dem Rohstoff- und Lebensmittelmarkt, Verteilung der Rohstoffe und Lebensmittel, Aktion gegen die Schutzzollpolitik, europäischer Wirtschaftsverband, Handelspolitik und Lebensstandard der Arbeiterklasse); internationale Organisation der Produktion und des Absatzes und ihre Rückwirkungen auf die internationale Wirtschaftspolitik (im Zusammenhang damit soll die Frage der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten untereinander und zwischen Europa und den übrigen Weltteilen behandelt werden); internationale Industriekartelle und ihre Kontrolle in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Regierungen und

5 Pfund, für 2 M., und 3 Pfund Zucker für 90 Pf. Rechne dazu verschiedenes Gemüse und Kartoffeln, zusammen für ungefähr 3 M. die Woche, Fleisch und Wurst für mindestens 4 M., dann hast du für diese sehr bescheidene Lebenshaltung insgesamt 20 M. und 95 Pf. zu zahlen, worin 45 Pf. Umsatzsteuer enthalten sind. Rechneft du im Winter Kohlen, Gas, Reinigungsmittel hinzu, so müßt du dafür mindestens 8 bis 10 M. wöchentlich ausgeben; das kostet wieder mindestens 18 bis 24 Pf. Umsatzsteuer.

Willst du aber Kaffee, Tee, oder deine Kinder Kakao trinken, dein Mann mal eine Zigarre rauchen, dann kommen noch die Einfuhrzölle hinzu, die beispielsweise bis jetzt beim Brot, dank unserer letztjährigen guten Ernte, der die Agrarier fluchen, gar nicht zur Auswirkung kamen, sonst hätte das Brot von 1400 Gramm noch 10 bis 12 Pf. mehr gekostet.

Nun rechne dir mal das alles zusammen, zähle die Wohnungsmiete mit 30 Prozent, Hauszinssteuer, Ausgaben für Bekleidung und darauf entfallende Umsatzsteuern hinzu, und du wirst finden, daß die Waren nicht nur so teuer sind, weil sie durch sechs bis acht Hände gehen, ehe sie in die deinen gelangen, sondern daß du auch bei sehr bescheidener Lebenshaltung insgesamt auf mindestens 40 M. die Woche kommst. Davon müßt du an Umsatz- und anderen indirekten Steuern ungefähr 3 M. bezahlen.

Hinzu kommt noch die direkte Steuer, die jedem Lohn- und Gehaltsempfänger allwöchentlich gleich bei der Auszahlung abgezogen wird.

Die Lohnsteuer

muß der Familienvater, wenn er Frau und zwei Kinder hat, bezahlen; wenn sein Wochenlohn mindestens 40 M. beträgt, in

Dem Völkerbund sowie mit der Industrie, den Konsumenten- und Arbeiterorganisationen und dem internationalen Arbeitsamt (es kommen hauptsächlich die wichtigsten Industrieprodukte in Frage, wie Kohle, Petroleum, Eisen, chemische Produkte, Hautschuh, Baumwolle und Getreide); Maßnahmen zur Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten, die den Arbeitern ein anständiges Auskommen sichern, wobei die Frage der Kreditpolitik, der Uebertragung öffentlicher Arbeiten und der Arbeitsbeschaffung für eingewanderte Arbeiter besprochen werden muß.

Literarisches

„Die Arbeitswelt der Technik“ von Richard Woldt. Der „Bücherkreis“ hat als neuesten Band (6. Werk) eine Arbeit von Richard Woldt: „Die Arbeitswelt der Technik“ herausgegeben. Für die Gewerkschafter haben die Arbeiten von Woldt immer die besondere Note gehabt, daß aus der Welt der Industrie dem Leser Einsichten vermittelt wurden, die für den Arbeiter bisher verschlossen geblieben sind. Diesen Vorzug hat auch das vorliegende Buch. Woldt schildert uns Wesen und Werden der modernen Technik, und doch unterscheidet sich seine Untersuchung von den Arbeiten anderer technischer Fachschriftsteller. Das Buch kann von jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin gelesen werden, weil es keine technischen Spezialkenntnisse voraussetzt, denn es werden keine technisch-konstruktiven Einzelheiten aufgezeigt, sondern die großen Entwicklungslinien herausgearbeitet. Der erste Teil ist eine historische Darstellung. Die Technik wird verfolgt von ihren primitiven Anfängen über die empirische Periode hinein bis zu den rationalen Ausdrucksformen im technischen Schaffen unserer Tage. Als Sozialist sieht Woldt in der heutigen Technik nur einen Niederschlag kapitalistischen Geistes. So gelingt ihm eine Analyse kapitalistischer Wesensart. Wir kommen zum Verständnis der Zusammenhänge, der Rechenhaftigkeit und der Besonderheit kapitalistischer Arbeitsformen.

Ein besonders reizvolles Kapitel ist der Abschnitt über die Kämpfe der „Maschinenstürmer“ gegen den technischen Fortschritt. Woldt zeigt uns, weshalb die kapitalistische Einheit sieghaft sein mußte. Wir durchwandern industrielle Arbeitsstätten im Fabriksaal, am Hafen, wir lernen, weil der Blick nur auf die wesentlichen Merkmale gerichtet ist, technisches Schauen. Die Maschine bekommt für uns Leben und kapitalistischen Sinn. Im Mittelpunkt aller Dinge aber steht der Mensch, der Arbeiter. Der Mensch unterjocht die Naturkräfte durch die Technik und wird dann von der Technik selbst unterjocht. Zeit und Raum werden überwunden, der Kapitalismus formt sich nach seinem Bilde das Verkehrsleben; ruhelos jagt er über die Erde, das Leben der Menschen wird reicher an Sensationen, ärmer an Inhalt, schärfer in seinen Gegensätzen, schwerer an Not und Widersprüchen. Falsch aber ist es, um mit dem Verfasser zu sprechen, über die Technik zu philosophieren. Die Technik ist weder Fluch noch Segen, sondern entscheidend ist, was der Mensch selbst aus der Technik macht. Die Technik ist blind geboren. Die technische Entwicklung bekommt ihr Ziel durch die wirtschaftlichen Verhältnisse der jeweiligen Zeit, durch den Machtkampf der Gesellschaftsverfassung, durch die Organisation, die sich die Menschen in ihrer Gesellschaft selbst geben. Mit dem Ausblick, daß nur in einer sozialistischen Gesellschaft die Technik den Menschen Glück und Segen bringen wird, schließt Woldt sein interessantes Buch, dessen klare Darstellung wirksam unterstützt wird durch flotte Zeichnungen, die „Krom-

mers“ Künstlerhand verständnisvoll entworfen hat. Ueberhaupt ist die Ausstattung des Buches in Einband, Druck und Papier prachtvoll. Der Bücherkreis hat die Reihe seiner Veröffentlichungen durch ein schönes Buch ergänzt, so daß die Mitgliedschaft im Bücherkreis dringend empfohlen werden kann.

Wegen Aufnahme und Auskunft wende man sich an die Hauptgeschäftsstelle „Der Bücherkreis“, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6, oder an die örtlichen Zahlstellen (Volksbuchhandlungen).

Danksagung

Für die mir anlässlich meines 60jährigen Geburtstages dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sage ich allen meinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen bei der Fa. E. Felbmann & Sohn, Rohtabakhandlung, Mannheim, meinen herzlichsten Dank.
Frau Elise Bühler

Gibt ausgelesene „Tabak-Arbeiter“ zu Agitationszwecken an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter!

Brauchen Sie eine Schreibmaschine?

Lassen Sie sich die



vorführen, Sie entscheiden sich sicher für diesel

Besondere Vorteile

- / Offene Bauart / Leichtester Anschlag / Geräuschloser Wagenlauf /
- / Zwangsweise Großbuchstabenperre /
- / Ueberall Vertretungen, daher Vorführung jederzeit möglich /

Maschinenfabrik Kappel A.-G.

Chemnitz-Kappel / Begr. 1860

Biline, böhmische Bettfedern



1 Kilo graue, geschlossene G.-M. 3.—, halbweiße G.-M. 4.—, weiße G.-M. 5.—, bessere G.-M. 6.—, 7.—, daunenweiche G.-M. 8.—, 10.—, beste Sorte G.-M. 12.—, 14.—, weiße ungeschlossene Rupifedern G.-M. 7.50, 8.50, beste Sorte G.-M. 10.—. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes 245 b. Pilsen-Böhmen.

Höhe von 60 Pf. wöchentlich. (33,60 M werden abgerechnet, so daß immer 10 Prozent steuerpflichtig bleiben, abgerundet auf 60 Pf. wöchentlich).

Und nun denk mal daran, daß wir zurzeit zwei Millionen Arbeitslose haben, die als Familienväter im günstigsten Fall die Hälfte von dem bekommen, was hier angenommen ist. Und wie viele haben einen Wochenlohn unter 40 M. — Und die Frauen, die nicht wissen, daß sie rund 10 Prozent dieses kargen Einkommens an direkten und indirekten Steuern zahlen müssen, sie sollten sich endlich zusammenschließen mit den Männern und Frauen ihrer Klasse, um stark genug zu werden, die Zollmauern einzureißen und die Steuern abzuwälzen auf die Besitzenden, bis der Tag kommt, da eine neue Gesellschaftsform eine andere, eine gerechte Wirtschaftsform schafft.

Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz

Die Krankenkassen haben jährlich außerordentlich hohe Beträge für Krankheitsfälle aufzuwenden, die durch Erkrankungen während der Schwangerschaft und im Wochenbett entstehen. Von 100 000 Kindbettfieberkranken sterben jährlich 10 000. Es ist deshalb eine wichtige Aufgabe auch der Krankenkassen, soweit überhaupt dafür die Möglichkeiten bestehen, Krankheiten der Schwangeren zu verhüten. Große Gesundheitschädigungen zeigen sich für die erwerbstätigen Frauen dadurch, daß diese bis kurz vor der Niederkunft ihrem Beruf nachgehen, um die nötigen Geldmittel für den Unterhalt und für die außerordentlichen Kosten, die die Entbindung zur Folge hat, zu erlangen. Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben beobachtet, daß die schwange-

ren Arbeiterinnen vielfach nicht, spätestens zwei Wochen vor der Niederkunft, die Arbeit einstellen, wie es die Gewerbeordnung vorschreibt. Auch nach der Entbindung nehmen die weiblichen Erwerbstätigen vorzeitig die Arbeit wieder auf. Das muß natürlich zu schweren Gesundheitschädigungen der Frauen führen.

Die Krankenkassen haben die Möglichkeit, helfend einzugreifen, um die Gesundheitschädigungen zu verhindern. Nach den gesetzlichen Bestimmungen erhalten weibliche Versicherte, wenn die notwendige Versicherungszeit nachgewiesen ist, neben Entbindungskosten auch Wochen- und Stillgeld. Das Wochen- und Stillgeld ist in Höhe des Krankengeldes für vier Wochen vor und sechs zusammenhängende Wochen unmittelbar nach der Niederkunft zu zahlen. Meistens verfahren die Krankenkassen bei Auszahlung dieser Wochenunterstützung so, daß am Tage der Niederkunft die Entbindungskosten und für vier Wochen das Wochen- und Stillgeld ausbezahlt wird. Auf diese Weise erhält die Wöchnerin wohl unmittelbar nach der Niederkunft einen größeren Geldbetrag in die Hände, ist aber gezwungen, bis zur Niederkunft ihrem Lohnverdienst nachzugehen. Die Folgen der Beschäftigung bis zum Eintritt dieses Ereignisses zeigen sich in schweren Erkrankungen der Frauen. Es ist deshalb notwendig, daß die Krankenkassen den versicherten Frauen das Wochen- und Stillgeld während der letzten Schwangerschaftswochen allwöchentlich auszahlen. Eine Bescheinigung über die bevorstehende Entbindung wird die Hebamme oder ein Arzt ausfertigen. Außerdem lassen sich durch ein engeres Zusammenarbeiten der Säuglingsfürsorgestellen und der Krankenkassen Schwierigkeiten beheben, die sich eventuell ergeben können, wenn schon vor der Entbindung Unterstützungsbeiträge gezahlt werden.